

Nassauer Anzeiger



Ämtliches Organ

für die Stadt Nassau und für Bergnassau-Scheuern.

Publikationsorgan für das Amtsgericht Nassau.

Bezugspreis:
Vierteljahr 0.45 Mk. mit Bringerlohn.
Erscheint dreimal:
Dienstag, Donnerstag, Samstag
Einzelnnummer 25 Pf.

Anzeigenpreis:
Die einmalige Vorzeige 50 Pf.
bei amtlichen Bekanntmachungen 70 Pf.
Die Reklameseite 200 Pf.

Filialen in: Bergnassau-Scheuern, Sulzbach, Schweighausen, Obernhof, Attenhausen, Hömberg, Elisenhütte.

Telegramme: Buchdruckerei Nassaulahn.

Bankkonto: Nassauische Landesbank Nr. 1830.

Fernprechanschluß Nr. 24.

Nr. 143.

Druck und Verlag:
Buchdr. Heinr. Müller, Nassau (Lahn).

Donnerstag, 9. Dezember 1920.

Verantwortung:
Arthur Müller, Nassau (Lahn).

43. Jahrg.

Reform der Strafvollstreckung.

Von Rechtsanwalt Walter Bohn-Verlin.

In der preussischen Landesversammlung sind gegen die Justizverwaltung, insbesondere gegen den Richterstand erhebliche Angriffe gerichtet worden, vor allem wurde den Richtern und Staatsanwälten der Vorwurf der Parteilichkeit auf dem Gebiete des Strafrechts gemacht.

Es ist nicht zu verkennen, daß die Strafprozessordnung erhebliche Mängel zeigt, insbesondere den fundamentalen, daß es gegen die Urteile der Strafkammern nur die Revision gibt und keine Berufung.

Es ist eine bekannte Tatsache, daß 99 Prozent aller Revisionen verworfen werden. Das Reichsgericht erkennt auf die meisten Revisionen in ganz kurzer Formularmäßiger Weise, eine Tatsache, die von dem rechtsuchenden Publikum sehr unangenehm empfunden wird.

Es ist nun seitens des preussischen Justizministers die Einführung der Berufung gegen die Strafkammerurteile in Aussicht gestellt. Es müßte aber in dieser Hinsicht mit größter Beschleunigung vorgegangen werden. Eine kurze Kasse würde vollständig genügen, um den bisherige unbilligen Rechtszustand zu beseitigen. Der erfahrene Praktiker weiß, wie häufig die Urteile des Schöffengerichts in der Berufungsinstanz aufgehoben werden, und in diesen Schöffengerichtssachen, die minder erheblich sind, als die Strafkammersachen, gibt es sogar drei Instanzen.

Das Justizministerium hat jetzt durch Verfügung v. 19. Oktober 1920 eine ganz einschneidende Maßregel getroffen, es hat nämlich die Aussetzung der Strafvollstreckung zum größten Teile den Gerichten übertragen und bestimmte Ausnahmefälle dem Justizminister vorbehalten, während bisher die Aussetzung der Strafvollstreckung durch die Staatsanwaltschaft geschah.

Daneben besteht noch das Institut der sogenannten Gnadenabgeordneten, d. h. bestimmte Richter sind vom Justizminister delegiert, um über Gnadengesuche zu entscheiden. Bei der neuen Verfügung handelt es sich nicht um Gnadengesuche, sondern um Aussetzung der Strafvollstreckung mit dem Ziele, die Strafe später bei guter Führung zu erlassen.

Es sind die Gerichte ermächtigt, und zwar auf Grund des Erlasses der Preussischen Staatsregierung vom 2. August 1920, auf welche der Justizminister Bezug nimmt, Strafsachen auszuweisen, wenn sie nicht 6 Monate überlängen. Ausgenommen sind solche Personen, welche bereits eine Zuchthaus-, Gefängnis- oder Festungshaft von mehr als 6 Monaten verbüßt haben, es sei denn, daß die verbüßte Strafe im Strafregister getilgt ist.

Hierbei muß darauf aufmerksam gemacht werden, daß viele Gerichte die Wohnortbestimmung, auch gefällte Strafen in der Verhandlung zum Vortrag zu bringen. Diese, dem Willen des Gefängniswärters widersprechende Vorgehensweise durch Verfügung des Justizministers unterlagert werden, denn der Zweck der Forderung ist gerade die Befreiung von der Last der Vorfrage.

Voraussetzung der Unterbrechung der Strafvollstreckung ist, daß die begangene Verfehlung „nicht durch Verbrechenheit und verbrecherische Reigung, sondern durch Leichtsinn, Unerschaffenheit, Verführung oder Not verursacht worden ist.“ Bei Schlechthandeln und Unverschämtheiten soll aber in erster Linie das öffentliche Interesse berücksichtigt und daher mit besonderer Vorsicht entschieden werden.

Wenn die Aussetzung der ganzen Strafe nach der Verurteilung des Täters als eine zu weitgehende Verhängung erscheint, so kann bei Freiheitsstrafen von längerer Dauer die Vollstreckung eines Teiles derselben unter der Bedingung guter Führung während der Strafverbüßung ausgesetzt werden, wenn ein günstiger Einfluß auf den Verurteilten erhofft werden kann.

Eine besondere Bestimmung bezieht sich auf die Minorität, die sich in Fürsorgeerziehung oder in einer Besserungsanstalt befinden. Bei solchen Personen ist in jedem Falle von amtswegen die Frage der Strafaussetzung zu prüfen, damit nicht der Erziehungszweck durch die Strafvollstreckung leidet.

Diese Bestimmung ist sehr vernünftig. Bekannterweise werden Jugendliche in den Gefängnissen erst verurteilt, und zwar nicht nur in strafrechtlicher, sondern auch in sexueller Beziehung. Diese große Gefahr ist sehr zu veranlassen.

Die Verfügung des Justizministers setzt eine Bewährungsfrist von regelmäßig 3 Jahren, bei leichteren Fällen von 2 Jahren fest, sie kann aber auch durch Gerichtsbescheid auf 5 Jahre verlängert werden, d. h., die Strafvollstreckung hat zur Voraussetzung, daß der mit der Strafvollstreckung Verurteilte nicht etwa wieder inzwischen innerhalb der Bewährungsfrist eine neue Straftat begeht. In diesem Falle muß er die zuerst erkannte Strafe abüben.

Das Gericht beschließt über die Strafvollstreckung in der Regel zugleich mit dem Urteil.

Leider hat der Erlass des Justizministers den großen Mangel, daß gegen einen ablehnenden Bescheid keine Beschwerde gegeben ist. Es wird sich also je nach der Verhängung des einzelnen Richters eine Verschiedenheit der Aussetzung herausstellen. Wer Glück hat, vor einem milden Richter zu kommen, wird die Strafaussetzung erhalten, ein scharfer Richter wird sie ablehnen. Eine Beschwerdeinstanz, die allgemeine Grundsätze aufstellt, müßte aber noch eingeführt werden.

Gegen Ablauf der Bewährungsfrist zieht das Gericht erster Instanz Erundigungen nach der Führung des Verurteilten in der Zwischenzeit ein. Diese sollen allerdings nicht unter dem Gesichtspunkte einer kriminalpolizeilichen Ermittlung aufgefahrt werden. Diese Bestimmung steht natürlich auf dem Papier, denn es läßt sich nicht vermeiden, daß der Polizeibeamte, der die Recherchen macht, als Polizeibeamter auftritt und wenn er auch mit der größten Vorsicht vorgeht, so kann dennoch bei diesen Recherchen das größte Unbehagen angerichtet werden. Man sollte sich auf die Nachforschung beschränken, ob die betreffende Person inzwischen bereits rechtskräftig verurteilt worden ist, von weiteren Maßnahmen aber Abstand nehmen.

Eine weitere Neuerung besteht darin, daß Anträge auf vorläufige Entlassung eines Verurteilten (§ 23 Strafgesetzbuch) stets nach der Richtung zu prüfen sind, ob etwa die Aussetzung vorzuziehen ist (§ 26 des ministeriellen Erlasses).

Die Verfügung des Justizministers ist als moderne jugendreiche Maßnahme zu begrüßen. Es ist der erste Wille daraus erkennbar, die Not der Zeit, aus welcher die augenblickliche Verbrechenstunde hervorgegangen ist, zunächst zu berücksichtigen.

S. u. S.

Die Unglücklichsten.

Aus dem Elend der Vergangenheit und der Gegenwart kann nur Gemeindbürgerschaft die Menschheit retten. Zunächst und noch auf lange Zeit gilt es, die Wunden zu heilen, die der Krieg den Nationen, die er Millionen Menschen gefolgt hat. Ungeheure Ansprüche sind da an das Deutsche Volk gestellt. Kriegssopfer, Hunger, Kälte und Lasten des Friedensvertrages haben breite Schichten unserer Bevölkerung einem furchtbaren Notstand ausgeliefert. Endlose Scharen unterernährter, starrer Kinder erblicken die Tage.

Es gibt noch andere Zeugen: die unmittelbaren Opfer des Krieges. Wir haben sie täglich vor Augen, die Kriegsverletzten, die auf Krücken durch die Straßen humpeln. Viele von ihnen sind unfähig geworden, sich und ihrer Familie zu ernähren, andere können nur geschwächte Kräfte für notdürftigen Erwerb einsetzen. Der verarmte Staat sorgt nicht besser als er kann für seine treuen Opfer.

Aber jene, die wir nicht sehen? Vor deren Anblick das Auge zurückzucken würde? Jene, die eine farge staatlische Fürsorge in abgeschiedenen Lazaretten verbirgt, damit nicht das Entsetzen die allzusehrenden Menschen erschrecken möchte? ... Sehen wir der Wahrheit ins Auge: Die schreckende Rücksicht auf die Gefunden, die ästhetische Verleumdung, sie vermehrt das Unrecht an den vom Schicksal Mißhandelten.

Stätten des Grauens! Atmende Brüder, die einst Menschen waren wie wir und von denen manche jetzt kaum noch Menschen ähnlich sehen! Seit länger als zwei Jahren ist der letzte Schutz im Kriege verfallen; aber die Verwundeten sind nicht in den Frieden ihres Hauses zurückgekehrt. Es gibt unter ihnen solche, die schon in's sechste Jahr hinein an das Schmerzenslager gefesselt sind, und nicht wenige werden das Lazarett erst verlassen, wenn man sie auf den Friedhof trägt.

Wißt ihr, was aus „Gottes Ebenbildern“ geworden ist? Da liegen Stämme ohne Arme und Beine. Da Menschen, denen der Spiegel der Seele, das Gesicht, vom Schicksal gerissen ist. Wo Nase und Mund waren, gähnt eine offene Höhle, und bis zur Speiseröhre liegt das Innere bloß. Männer ohne Nase, ohne Unterlippe, Menschen mit grauvollen Wunden am Leibe, die nicht heilen ...

Die vielberufene Menschlichkeit müßte zu diesen Lazaretten pilgern und alles aufbieten, das schauerliche Los der am härtesten Geschlagenen zu lindern. Aber viel zu wenig Hilfsbereite finden den Weg. Scheint sich des Dichters Wort zu bestätigen:

„Die Welt ist allzu lustig —
Es wird doch alles vergessen!“

Die Vereine des Deutschen Roten Kreuzes werden erneut ihre besondere Sorgfalt den armen Blutzugenden des großen Weltkrieges zuwenden und sie werden überall im Lande Mithilfe weiden und finden. R. A. A.

Keine Einheitsfront erreichbar?

Von Dr. E. J. J. J.

abc. Die russische bolschewistische Presse höhnt über das Reichthum der nichtbolschewistischen Staaten. Dadurch, daß jeder kapitalistische Profiten nachjagt und bestrebt, ein Konkurrent könnte ihm zuvorkommen, kommt eine einheitliche Stellungnahme der Gegner nicht zustande. Die kapitalistischen Regierungen haben sehr wohl die Gefahr ein, die ihnen seitens der Mächte droht, seien auch bereit sie bis auf's Äußerste zu bekämpfen; allein zu einem einmütigen Zusammenstehen kommt es nicht, weil jeder insofern den anderen beargwöhnt und von der gemeinsamen Aufgabe abspringt, sobald ihm ein besonderer Vorteil winkt. Dieser Gegensatz hindert das Zustandekommen einer seltenen Solidarität und macht Mächtigkeiten gegen seine Feinde. Es spottet daher der Bemühungen seiner Widersacher, da sie immer wieder durch lodende Gewinne Einzelner irre machen und die Bildung einer geschlossenen Front zu verhindern in der Lage sei.

Diese Betrachtungen sind leider sehr zutreffend. Besonders in Deutschland macht sich die hier nach Handelsgewinnen dahin bemerkbar, daß einflußreiche Kreise es gar nicht erwarten können, sich mit dem Sowjetlande über alle trennende soziale Feindschaft hinweg handelspolitisch anzubieten. Aus lauter Angst, vielleicht zu spät zu kommen, und um augenblicklicher Profite willen, schlägt man sogar die eminenten Gefahren in den Wind, die eine intime Verührung mit dem bolschewistischen Seuchenherd für die eigenen innenpolitischen Verhältnisse mit sich bringen muß.

Die russische Presse zieht aus den geschilderten Verhältnissen die Schlüsse, die sie braucht, um den Eintritt in Handelsbeziehungen zu den kapitalistischen Ländern als harmlos hinzustellen, sie sogar als im Interesse der Sowjets den Leuten klar zu machen. Ihr gilt es, solche Aktionen vor den Genossen sozuzugestehen zu entschuldigen. Sie meint daher, die Sowjetregierung werde immer einen Staat gegen den anderen ausspielen können und dabei nacheinander alle Gegner zu überdauern wie bisher in der Lage bleiben. Die naturgegebene Uneinigkeit der gewinnlüsternen Kapitalistenstaaten sei die beste Schutzwehr Sowjetlands gegen eine entscheidende Aktion der Westmächte.

Ganz ähnliches hat sich auch auf militärischem Gebiet abgespielt. Noch immer hat sich die Gegnerschaft zwiespältig gezeigt. Noch immer traten die feindlichen Feldzüge gegen das Sowjetland vereinzelt auf, und im entscheidenden Moment zerplatzten sie sich in Uneinigkeit. So konnte Mächtigkeiten nicht die zum Angriff vorgeschickten Kräfte nacheinander anpacken und einzeln schlagen. Das gegenseitige Mißtrauen, mit dem die Gegner sich untereinander betrachteten, kam den Bolschewisten auch militärisch zu Statten und hat mehr als einmal ihre ins Wagnis gebrachte Stellung gerettet.

Die Bolschewisten haben so Unrecht nicht. Die Schwäche ihrer Feinde schlägt ihnen zur Schutzwehr aus.

Landwirtschaft.

Salbung. Als Rohsalze kommen nach wie vor für die Herbstsalbung in Frage der Kalium und Natrium, als Fabrikate 40prozentiges, 30prozentiges Kaliumsalz und Chloralium. Sämtliche Kalisalze können zu Wintergetreide im Herbst vor der Bestellung gegeben werden, können aber auch zweckmäßig im zeitigen Frühjahr als Nopsalbung Verwendung finden. Chloralium ist genau so anzuwenden, wie das bekannte 40prozentige Kalisalz, welches das Kali auch in Form von Chloralium enthält. Seinem höheren Kaligehalt entsprechend sind auf einen Hektar 40prozentiges Kalisalz nur 75 bis 80 Pfund Chloralium anzuwenden. Will man zu den Wurzelfrüchten Kalisalze anwenden, von welchen ja höhere Gaben erforderlich sind als von den hochprozentigen Kalisalzen, so pflegt man jene am besten im Herbst oder Winter unter. Dies gilt besonders für die empfindliche Kartoffel. Schwefelsaure Kalimagnesia kommen wegen ihres hohen Preises für das Wintergetreide im allgemeinen nicht in Frage, sondern nur für die empfindliche Kartoffel, deren Stärkegehalt durch diese Salze, auch wenn sie in noch so großen Mengen angewendet und erst zur Bestellung gegeben werden, keine Erniedrigung erfährt.

Das Ausputzen älterer Bäume spielt sehr eine Hauptrolle und sollte bei frostfreiem Wetter fortgesetzt werden. Hierbei ist in erster Linie der natürliche Wuchs des Baumes zu beachten, so daß durch eine gleichmäßige Verteilung der Äste und Zweige das richtige Verhältnis zwischen Laub- und Fruchtholz und dadurch die gesunde Weiterentwicklung des Baumes gewährleistet wird. — Daß alle von Krebs, Misteln, Blausäure und anderen Schädlingen befallenen Äste unterhalb der schadhaften Stellen abzuscheiden sind, dürfte hinreichend bekannt sein.

Das Gießen der Zimmerpflanzen in die Unterfäße ist an und für sich nicht falsch, es kann aber leicht Nachteiliges im Gefolge haben. — Wenn jemand in den Unterfäße gießt, so zieht das Wasser, vermög der Kapillarität der Erde, in den Topf hinein. Es durchzieht zuerst den unteren Teil des Topfes, also die untere Erdschicht und kommt zu allerletzt nach oben. Die obere Erde des Topfes ist immer die trockenste, weil sie an die Luft Feuchtigkeit abgibt. Sie sieht auch, wenn wir in den Unterfäße gießen, immer trocken aus, und dies veranlaßt gar zu leicht, häufiger zu gießen, als notwendig ist. Dadurch entsteht dann eine übermäßige Feuchtigkeit im Topfe, die Erde im Topfe wird zum Sumpf und die Pflanzen gehen an Wurzelfäule ein. — Das Gießen in den Unterfäße und das Stehenlassen des Wassers in demselben ist nur in einem Falle praktisch und zwar dann, wenn große, wasserbedürftige Pflanzen in einem kleinen Topfe stehen und nur kurze Zeit mit dem in der Erde aufgeschickerten Wasser ausbleiben können. Solche Pflanzen treiben, im Unterfäße mit Wasser stehend, noch gut, ohne denselben nicht. Man darf also nicht einseitig über das Gießen in den Unterfäße und das Stehenlassen des Wassers urteilen.

Der Reichstag.

Berlin, 6. Dez.

Ein Zwischenpiel.

Präsident Löbe eröffnet die Sitzung um 2.20 Uhr. Vor Eintritt in die Tagesordnung erklärt

Abg. Dr. Hugo (D. Vp.), er habe keinerlei persönliche Zuwendungen erhalten. Die Beiträge, die ihm zur Verfügung gestellt worden seien, so vom Verband Deutscher Ledergröhlhändler, habe er an die Parteileitung abgeführt.

Abg. Simon-Frauen (U. S.) bemerkt dazu, der Vortrager habe damit seine Behauptung bestätigt.

Die zweite Beratung des Reichshaushalts wird fortgesetzt beim Haushalt des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft.

Abg. Döhrich (D. Vp.) berichtet über die Verhandlungen des Ausschusses. Ein Abstrich wird nur bei der Biologischen Reichsanstalt für Land- und Forstwirtschaft beantragt. (44 000 statt 50 000 Mark.)

Reichsminister Dr. Hermes: Der Kampf um alle einschlägigen Fragen hat sich zugespitzt um einen Kampf für und gegen die Zwangswirtschaft. Bei der Aufhebung der Zwangswirtschaft für Fleisch und Kartoffeln wären Ueberschüsse unvermeidlich. Jedenfalls kann der Verbraucher sich quantitativ jetzt besser versorgen und auch billiger als es bei dem Schleichhandel und der Schwarzschlachtung möglich war. (Widerspruch links.) Der Preisabbau kann nicht willkürlich bei der Landwirtschaft begonnen werden, denn diese Preise sind nicht vom Zustand im Inland allein abhängig. Wir müssen an der Zwangswirtschaft festhalten für Milch, Brot und Zucker. Die Brotgetreideernte des laufenden Wirtschaftsjahres ist gegen das Vorjahr um fast 25 Prozent zurückgegangen. Die Ablieferung, besonders in den letzten Wochen, ist schlecht. Eine weitgehende Aufklärung über die ungünstige Lage unserer Brotgetreideversorgung und die schlechte Ablieferung soll einsehen unter Zuhilfenahme der Geistlichen und Lehrer. Die Regierung ist entschlossen, die Ernährung der Bevölkerung sicherzustellen. Die weitere Einfuhr von Brotgetreide wird möglich sein, wenn wir weiter die Vorschüsse aus dem Späbblommen erhalten. Eine weitere Erhöhung des Mehlpreises ist jetzt nicht angängig. Demnachst werden Besprechungen stattfinden darüber, welche neuen Maßnahmen für das Wirtschaftsjahr 1921-22 zu treffen sind. Die günstige Futterernte hat zwar den Gesundheitszustand des Viehs gehoben, doch bedürfen wir noch nach wie vor der Einfuhr von Kraftfutter und von Milch. Ich danke hierbei den hochverehrten Spendern und Gebern im Auslande, die unseren armen Kindern geholfen haben. (Beifall.) Die Schweinefleischwirtschaft muss gefördert werden. Die Aufhebung der Zwangswirtschaft für Margarine hat günstig gewirkt. Der Abbau der Kriegesgesellschaften ist soweit durchgeführt, daß über den 1. Januar 1921 hinaus nur noch fünf Kriegsorganismen weiter arbeiten werden. Der Personalbestand wird überall nach Möglichkeit verringert. Die Einfuhrfähigkeit des Reiches bezüglich der Lebensmittel läßt eine Senkung der Preise in der Zukunft erhoffen. Dem Schmuggel mit Lebensmitteln an der holländischen Grenze wird energisch entgegengetreten. In der Düngemittelfrage liegt kein Anlaß vor, allzu schwarz zu sehen. Hier muß eine Stabilisierung der Preise und die Erhöhung der Produktion der Kunstdüngemittel erstrebt werden. An eine Verbilligung ist allerdings nicht zu denken.

Abg. Braun-Düffeldorf (Sg.): Wenn die landwirtschaftliche Produktion weiter in der Richtung sich bewegt wie jetzt, mühen alle Beschlässe und Gesele nichts. Das führt zur Hungersnot. Die Hauptursache dafür ist die Verarmung unserer Bevölkerung. Darum müssen die künstlichen Düngemittel vermehrt produziert werden. Vor allem aber genügt noch lange nicht die Nachfrage nach diesen Düngemitteln. Es fehlt der Wille der Landwirte zum intensiven Betrieb. Das Reich muß die Herstellung der künstlichen Düngemittel in die Hand nehmen. Denn wir 8 Milliarden für Düngemittel ausgeben und die Düngemittel billig oder sogar umsonst abgeben, sparen wir 38 Milliarden für einzuführende Düngemittel. Eine Stabilisierung der Düngemittel wäre falsch, denn damit würde die derzeitige ungenügende Verwendung der Düngemittel stabilisiert, die zu einer Vollernte nicht ausreichen. Neben bespricht sodann den Fall Augustin-Ram und verlangt eine Untersuchung seitens des Ernährungsministers, besonders einen Brief Ramms, in dem verächtlich nachträglich Fälschungen vorgenommen worden seien. Dem Minister hätte die ganze Angelegenheit längst bekannt sein müssen. Die Gegnerschaft gegen den Vorschlag der Sozialisierung geht aus von den Produzenten, die um ihren Profit bangen.

Reichsminister Dr. Hermes: Der betreffende Brief des Staatssekretärs Ram an mich ist vom 7. Mai datiert, aber offenbar irrtümlich. Der Brief steht behufs Einsichtnahme zur Verfügung. Ich bin darauf zu Ramm gegangen. Dieser hat mir Mitteilung gemacht, wonach Lieber die Versicherung Augustins zugehen hat, aber hinzusetzt, bei Hermes habe er ähnliches gar nicht versucht. Gegen die Sozialisierung der Düngemittelindustrie habe ich schwere Bedenken. Die Ausfuhr von Stickstoff ist sehr wichtig, um beizzeiten Fäden anzupinnen für den Weltmarkt. Der eigene Bedarf und die Ausfuhr muß auf vernünftige Weise verbunden werden.

Abg. Braun (als preussischer Landwirtschaftsminister) erklärt, die meisten Landwirtschaftsminister, besonders die von Bayern und Mecklenburg, seien für seine Vorschläge gewesen. Ueber den fraglichen Brief könnte leicht ein Schreibschreibverständiger entscheiden. Er habe keinen Grund an den Aussagen seines Staatssekretärs zu zweifeln.

Reichsminister Dr. Hermes: Er wolle den Minister Braun auf seinem Glauben lassen und die gerichtlichen Verhandlungen abwarten.

Reichskanzler Fehrenbach: Ich kann diese Erörterungen nur bedauern. (Lebhafte Zustimmung.) Es wird mir nicht einfallen, in die Rechte des Abgeordneten Braun einzugreifen, aber die Bemerkung darf ich doch wohl machen, daß auch der Abgeordnete Braun bei seinen Angriffen gegen den Reichsernährungsminister sich darüber klar sein mußte, daß er vielleicht in die Lage kommen würde, später als preussischer Landwirtschaftsminister auftreten zu müssen. Das Schauspiel, das uns jetzt geboten worden ist: daß Herr Braun zuerst als Abgeordneter und danach als preussischer Landwirtschaftsminister auftrat und danach der Reichsernährungsminister genötigt war, Stellung zu nehmen — Stellung zu nehmen nicht nur gegen die Ausführungen

des Abgeordneten Braun, sondern auch des preussischen Landwirtschaftsministers (Zuruf der Sozialdemokraten: Das ist furchtbar! Heiterkeit links) —, das ist in meinen Augen ein bedauerlicher Vorgang! (Sehr richtig! rechts und in der Mitte, Gelächter bei den Sozialdemokraten). Wie kann eine gesunde Reichspolitik getrieben werden, wenn die Autoritäten im Reich und im größten Staate des Reiches in dieser Art und durch solche Angriffe hier gegeneinander vorgehen, wie das von Seiten eines Abgeordneten heute geschehen ist, der Ministerpräsident eines Landes ist! (Lebhafte Zustimmung in der Mitte). Es ist nicht möglich, die Geschäfte des Reiches gedeihlich weiterzuführen, wenn derartige Vorgänge sich wiederholen! (Erneute lebhafte Zustimmung.)

Preussischer Landwirtschaftsminister Braun: Ich bebaute den Vorfall gleichfalls, aber der Umstand, daß ich preussischer Minister bin wird mich nach keiner Richtung hindern, die Auffassung meiner Fraktion als Abgeordneter dieses Hauses mit aller Entschiedenheit zu vertreten. Was ich als Abgeordneter ausgeführt habe, war durchaus sachlich und, soweit es persönlicher Natur war, nicht ein Angriff, sondern eine Abwehr von Angriffen, die im Hauptansatz dieses Hauses gegen mich und gegen einen meiner Beamten erhoben worden waren, wo uns beiden keine Möglichkeit gegeben war, uns zu verteidigen.

Präsident Löbe schlägt vor, die Aussprache für heute abzubrechen.

Fortsetzung der Staatsberatung: Dienstag 12 Uhr.

Zur Tagesgeschichte.

Die Brüsseler Konferenz.

Als Tag des Zusammentritts der Konferenz der wirtschaftlichen Sachverständigen in Brüssel wurde der 13. Dezember festgesetzt. Deutschland wird sowohl auf dieser als auch auf der darauffolgenden Ministerkonferenz vertreten sein. Großbritannien hatte auf der grundsätzlichen Notwendigkeit der Teilnahme Deutschlands an den Besprechungen bestanden, und Frankreich hat sich schließlich damit einverstanden erklärt.

Die deutschen Kabel.

Die „Times“ erzählt aus Washington: Der Stillstand in den Verhandlungen der internationalen Kommission, die sich mit der Frage der ehemaligen deutschen Kabel befaßt, ist hauptsächlich auf den Konflikt zwischen Frankreich und den Vereinigten Staaten bezüglich des deutschen Kabels zurückzuführen, das in Emden endete, von den Franzosen durchschnitten und nach Brest geleitet worden war. Wie angenommen wird, haben die Vereinigten Staaten es abgelehnt, dem Kabel die amerikanischen Landungsvorteile zu gewähren, wenn Frankreich darauf bestände, das Kabel zu behalten.

Die Wiedergutmachungsfrage.

Der französische Finanzminister Francois Marsal hatte in seiner Rede zur Eröffnung der französischen Anleihe in Straßburg eine eigenartige Dreiteilung des französischen Budgets vorgenommen. Er zählte an Ausgaben auf 1. ordentliche Ausgaben, 2. außerordentliche Ausgaben, dazu 3. Wiederherstellungsausgaben in der Höhe von 16 Milliarden, die ausschließlich von Deutschland zu zahlen seien. Wenn nun im „Matin“ der Journalist Stephane Lauzanne von Äußerungen des Ministerpräsidenten Leagues zu diesen drei Konten berichtet, so ist man danach, wie diese Äußerungen wiedergegeben sind, in politischen Kreisen wenig geneigt, anzunehmen, daß sie in dieser Form tatsächlich von einem die Verhältnisse überschauenden französischen Staatsmann gelang sein könnten. Die Behauptung, das Deutschland endlich mit den Wiederherstellungsausgaben beginnen müsse oder daß man andernfalls an Zwangsmassnahmen zu denken habe, dürfte, wie der Berliner Mitarbeiter der „Köln. Zig.“ ausführt, der französische Ministerpräsident nicht aufgestellt haben, da er genau zu wissen in der Lage ist, was in schließlich die ganze übrige Welt auch weiß, wieviel Deutschland bereits auf das Wiederherstellungskonto an hochwertigen Gütern bis zur äußersten Anspannung seiner Kräfte geleistet hat.

Eine Warnung.

Das Reichspostministerium hat an alle Dienststellen ein Telegramm gerichtet, in dem er heißt: „Gegen Beamte, die streiken oder ihre Unlust zum Dienst fundieren, wird das Disziplinarverfahren mit dem Ziel auf Dienstentlassung eröffnet. Hilfskräfte, die sich dieser Bewegung anschließen, werden fristlos entlassen.“

Aufruf des Eisenbahnerverbandes.

Laut „Freiheit“ will der Vorstand des Deutschen Eisenbahnerverbandes einen Aufruf veröffentlichen, in dem für die Beamten aller Besoldungsgruppen ein Teuerungszuschlag von 8000 Mark in den Ortsklassen A und B, von 7500 Mark in den Ortsklassen C und D und von 7000 Mark in den Ortsklassen E gefordert wird. Es soll der Versuch gemacht werden, direkte Verhandlungen mit der Regierung herbeizuführen. Gelingt dies nicht oder werde die Regierung ein Entgegenkommen ablehnen, dann werde der erweiterte Vorstand des Verbandes über die Mittel und Wege befinden, die dann in Anwendung zu bringen wären. Der Aufruf schließt mit den Worten: Die Stunde ist ernst. Seit bereit, wenn der Ruf an Euch ertönt, einig und geschlossen den uns drohenden Kampf aufzunehmen.

Die Steuergehe.

Dem „Demokratischen Zeitungsdienst“ wird aus parlamentarischen Kreisen mitgeteilt: Der Steueraussschuß des Reichstages will erst diesen Dienstag die Grundsätze beraten, nach denen die gesamte Steuergehegebung und insbesondere die Frage des Reichsnotopfers neu behandelt werden soll. Es ist leider nicht anzunehmen, daß diese Arbeit kurz sein wird. Es stehen ihm dazu aber wenig Arbeitstage zur Verfügung. Man befürchtet deshalb in den Kreisen, die für eine beschleunigte Einführung des Reichsnotopfers tätig gewesen sind, daß aus Mangel an Zeit überhaupt vor Weihnachten nichts mehr zustande kommt. Dann würde also weder eine Zwangsanleihe vor Weihnachten beschlossen noch eine Beschleunigung des Reichsnotopfers verabschiedet werden.

Die Entente-Notenbank.

Der in Genf ventilirte Plan der Errichtung einer Entente-Notenbank für Deutschland findet der „B. Z.“ zufolge in Berliner Regierungskreisen keine Gegenliebe. Man weist darauf hin, daß der Grundgedanke des Projekts, das fixierte deutsche Eigentum in Amerika für Deutschland nutzbar zu machen, bereits wiederholt aufgetaucht sei, z. B. in der Form, dieses Eigentum zur Grundlage von Rohstoffkrediten zu machen. Dem neuesten Gedanken, dieses deutsche Eigentum zur Grundlage einer Art neuer Goldwährung zu machen, steht das Bedenken gegenüber, daß das Deutsche Reich auf Grund des Friedensvertrages den Eigentümern des sequestrierten Vermögens doch die volle Entschädigung leisten muß; für diese Beträge also mehr Noten drucken muß, wodurch das Ergebnis der Aktion für die deutschen Finanzen kein Gewinn wäre. Auch in der deutschen Bankwelt findet der Plan einer Entente-Notenbank gleiche Ablehnung.

Griechenland.

Nach Berichten römischer Blätter aus Korfu hat das griechische Volk am Sonntag fast einstimmig für die Rückkehr König Konstantins gestimmt. Nur auf der Insel Kreta, in Kleinasien und Thrazien stimmte eine kleine Mehrheit gegen den Monarchen. In Attika und auf den Inseln fiel die Abstimmung fast einstimmig zugunsten des Verbandes aus. Die Benizelisten enthielten sich meistens der Stimme, da Benizelos dem Organ seiner Partei, der „Patrias“, telegraphisch hatte, ihre Teilnahme an der Abstimmung werde doch nutzlos sein.

Die Völkerbundstagung.

Argentinien's Austritt.

Der Eindruck, den der bisherige Verlauf der Völkerbundstagung in Genf in Berliner politischen Kreisen hervorrief, läßt sich dahin zusammenfassen, daß der Völkerbund infolge der Ablehnung Argentinien's bereits seine erste schwere Krise durchmacht. Durch den Rückzug hat nach hiesiger Auffassung einerseits das Prestige des Bundes einen schweren Schlag erlitten, andererseits hat das Fehlen von Versailles das Mißtrauen der südamerikanischen Staaten gegen die Entente wesentlich verstärkt. Anstatt die Versöhnung der Völker zu besiegeln, zeitigte die Genfer Tagung als erstes greifbares Ergebnis den ersten Zwist unter dem Bunde. Die Vorgänge in Genf müssen Deutschland in seiner Auffassung beträchtigen, einem derartigen Völkerbundstrumpf fern zu bleiben, so lange nicht die wichtigsten Punkte einer gründlichen Neuordnung unterzogen werden. — Wie übrigens aus unterrichteten Kreisen verläutet, werden bald auch noch andere mittel- und südamerikanische Staaten dem Beispiel Argentinien's folgen.

Meine Meldungen.

Zittau. In einer Reihe von Betrieben in Zittau und Umgebung sind zugunsten der deutschen Abstimmung in Oberschlesien Ueberschüssen und Ueberschunden gemacht worden und sind noch beschäftigt. Allein bei einer Textilfirma wurden auf diese Weise 20 000 Mark eingebracht.

Amsterdam. Aus Doorn wird gemeldet, daß das Bestehen der ehemals deutschen Kaiserin durch das zeitweilige Auftreten von Herzschwäche andauernd ernst bleibt. Prinz Oskar, der Herzog von Braunschweig und Oberhofprediger Dr. v. Deyander sind abgereist. Das Eintreffen der Prinzen Eitel Friedrich und August Wilhelm wird erwartet.

Amsterdam. Ueber das Befinden der deutschen Kaiserin werden die widersprechendsten Nachrichten verbreitet. Es steht aber fest, daß die Herzschwäche zugenommen hat, so daß ihr Ableben jeden Augenblick zu erwarten ist.

Warschau. Der Verband der Industriellen hat die Stilllegung der Textilfabriken in Dzialoslo beschlossen, nachdem der größte Teil der Fabriken wegen Mangels an Rohstoffen bereits geschlossen worden war.

London. Die „Times“ meldet aus Warschau: Die Streikkräfte Balachowitsch wurden — wie bereits vor einigen Tagen gemeldet — über die polnische Grenze gedrängt und entwaßnet. Balachowitsch befindet sich jetzt verlegt in Warschau.

Mailand. Der „Messaggero“ meldet, daß Monsignore Basilio de Coregrossa zum Nuntius in München ausersenden ist. Nach Wien soll in gleicher Eigenschaft Monsignore Marotti gehen. Für Paris kommt in erster Linie Monsignore Ceretti in Frage.

Letzte Nachrichten.

(Eigene Meldungen der „B. Z.“)

Berlin, 7. Dez. In Anwesenheit des Ministers des Auswärtigen Dr. Simon und des Staatssekretärs v. Ganiel haben heute vormittag im Reichstagsausschuß für Auswärtige Angelegenheiten vertrauliche Beratungen über die Ententente betr. die Abstimmung in Oberschlesien begonnen.

Berlin, 7. Dez. Morgen nachmittag finden im Reichstags-Verhandlungen der Eisenbahner-Verbände und Regierungsvorleiter über die Teuerungsbetehilfe statt.

Berlin, 7. Dez. Der tägliche Durchschnittsverkehr auf dem Haupttelegraphenamt Berlins beträgt 185 000 Telegramme, funktentelegraphisch werden täglich 110 000 Telegramme aufgegeben. Die bestehenden 70 Empfangsstellen werden binnen kurzem auf 100 gesteigert.

Karlruhe, 7. Dez. Die passive Resistenz ist im Abklingen begriffen. Der Telegraphenverkehr widert sich wieder glatt ab.

Kattowitz, 7. Dez. Heute morgen 1/2 2 Uhr wurden in die Kellerräume des Berg- und Futteramts mehrere Handgranaten geschleudert. Nach Erkundigungen bei der Polizei wird angenommen, daß die Täter einen Einbruch in das Gebäude beabsichtigt hatten.

Genf, 7. Dez. Der franz. und engl. Botschafter sowie der belgische Gesandte erschienen gestern in Berlin beim Reichsminister des Auswärtigen und überreichten ihm eine Note ihrer Regierungen, in der gegen die unlängst im besetzten Gebiet von den deutschen Reichsministern gehaltenen Neben schärfer Protest erhoben wird.

Saag, 7. Dez. Die griechische Abstimmung ist ohne Zwischensatz verlaufen und ergab eine gewaltige Mehrheit für König Konstantin.

Aus Nah und Fern.

Mainz, 7. Dez. (Von der Mainischfahrt.) Die Wiederherstellung der Staus nach der wegen Eingangs kürzlich erfolgten Niederlegung der Radelwehre verzögert sich wegen nötig gewordener Reparatur am Kellertacher Behr. Man hofft nun, Mitte der Woche die Radeln einsetzen zu können.

Mainz, 7. Dez. (Der todbringende Schnaps.) Zu dem Vergiftungsfall eines Arbeiters in Rombach ist weiter zu bemerken: Der Arbeiter hatte erfahren, daß man sich aus einem bestimmten Pulver, das für jeden erreichbar ist, einen ganz vorzüglichen Haustrunk herstellen könne. Ein Mitarbeiter wollte das Rezept versuchen und ganz entzückt von dem Trank gewesen sein. An einem der letzten Tage stellte er sich ebenfalls eine Flasche davon her und tat sich mit seiner Frau gütlich daran. Er trank mehr, seine Frau weniger, und bekam ihnen zunächst das Getränk auch ganz gut. Am nächsten Tage aber fiel sie bei dem Manne hartes Erbrechen ein. Sein Zustand verschlechterte sich, so daß er ins Krankenhaus übergeführt werden mußte. Dort ist er schließlich unter Vergiftungserscheinungen gestorben. Welcher Art das Pulver war, mit dem er sich das tödliche Getränk bereitet hatte, konnte noch nicht festgestellt werden.

Seimbach, 7. Dez. (Blutiger Streit.) Nach einem kurzen Wortwechsel erschlug der Hüttenarbeiter Johann Jakob auf dem Marktplatz seinen Freund, den Hüttenarbeiter Jakob Gondolo, ein Vater von fünf Kindern.

Frankfurt a. M., 6. Dez. (Verhafteter Edelmetallhändler.) Mit zweitausend Mark Goldgeld und fünftausend Mark Silbergeld, die er wohlvernünftig in den Kleibern auf dem Leide trug, wollte der 46-jährige Kaufmann Max Cassel vor einigen Abenden vom Hauptbahnhof aus im Pariser D-Zuge die Reise nach Frankreich antreten. Fünf Minuten vor Abfahrt des Zuges holte ihn die Kriminalpolizei aus dem Abteil erster Klasse. Es stellte sich heraus, daß Cassel falsche Pässe bei sich führte, in denen er als luxemburgischer Staatsangehöriger angegeben war. Die Pässe trugen das Visum des zuständigen französischen Konsulats. Der gefürchtete Goldmünzenhändler hat die Reise nach Frankreich aller Wahrscheinlichkeit nach sehr oft gemacht. Die bei ihm beschlagnahmte Summe stellt heute einen Wert von rund 350 000 Mark dar.

Obernursel, 7. Dez. (Die „böse“ Kuh.) In der letzten Stadtoratorienversammlung bilanzierte die Frage der Milchlieferung den Gegenstand einer ausgedehnten Debatte. Es wurde festgestellt, daß Obernursel rund 100 Kühe und die großen landwirtschaftlichen Nachbargemeinden Stalbach und Bommersheim nur 90 resp. ganze 3 bis 4 Liter Milch pro Tag liefern. Dabei würden von den Landwirten allerhand Ausreden gebraucht, so die, daß „die Kuh in den Eimer getreten hat“. Das scheint die „böse“ Kuh öfters zu tun, denn alle Geldstrafen, die allerdings meist nur auf 5 Mark lauten, helfen nichts, um eine bessere Ablieferung herbeizuführen. Der Magistrat will nun ganz energische Schritte tun und die Namen der Summigen öffentlich an den Pranger stellen. Ob nun die Kuh ihre „schlechte Angewohnheit“ umläßt?

Aus Nassau und Umgebung.

Nassau, den 8. Dezember 1920.

Wohlfahrtspflege. Zu der von dem Kreisausschuß auf gestern Nachmittag in das Gasthaus „Zum Hirsch“ in Nassau einberufenen öffentlichen Versammlung hatten sich zahlreiche Angehörige aller Berufsstände aus Nassau und der nächsten Umgebung eingefunden. Der stellv. Landrat Scheuern eröffnete um 2½ Uhr die Verhandlungen, begrüßte die Erschienenen und ging in längerer Ausführungen auf die Bedeutung und die Einrichtung eines Kreiswohlfahrtsamtes ein. Dabei führte er aus, wie das Deutsche Volk nach dem verlorenen Krieg, nach all den schweren Schicksalsschlägen, den Entbehrungen und Aufregungen, arm und krank an Körper und Seele sich auf dem Wege der Nächstenliebe, der Wiedergewinnung des alten Vertrauens, der ehrlichen und friedlichen Arbeit wiederfinden und sich aus all dem Jammer und Elend durch einen gesunden Wiederaufbau seiner ganzen inneren Zustände selbst zu retten suchen müsse. Zu diesem Wiederaufbau gehöre in erster Linie die Volkswohlfahrtspflege, eine Aufgabe die nur dann im wahren Sinne Erfolg verspreche, wenn sie von der Öffentlichkeit anerkannt und von allen Volksschichten praktisch betrieben werde. Das für den Kreis Unterlahn zu errichtende Wohlfahrtsamt sei ein kommunales Unternehmen und stehe als solches unter der Leitung des Landrats. Es gliedere sich in zwei Abteilungen und zwar in eine gesundheitliche und in eine soziale. Der gesundheitlichen stehe der Kreisarzt vor, der sozialen ein Beamter der Kreisverwaltung. In die gesundheitliche Abteilung fallen die Mutterchaftsberatungen, die Säuglingsfürsorge, die Kleinkinderfürsorge bis zum schulpflichtigen Alter, die Schulhygiene, die Krüppel- und Tuberkulosefürsorge, die Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten und Trunksucht, die Fürsorge für gefährdete Mädchen, für Geistesranke, Epileptische, Idioten, die Verhütung ansteckender Krankheiten, das Krankenhospitälwesen auf dem Lande u. a. m. Mit Anerkennung sprach der Vortragende von den Erfolgen die bisher schon in der Wohlfahrtspflege von den Städten und Gemeinden, von der Kirche und den Vereinen, insbesondere den Frauenvereinen erzielt worden seien und betonte, daß das Wohlfahrtsamt nicht etwa diese alten bewährten Einrichtungen beilegen wolle, daß es vielmehr seine vornehmste Aufgabe sei, auf ihrer Grundlage auf- und auszubauen, die gesamte Arbeit zusammenzufassen und sie nach einheitlichen Gesichtspunkten zu leiten. Ähnlich verhalte es sich auch bei der zweiten Abteilung der sozialen, die in sich begreife, die gesamte Jugendpflege, das Fortbildungsschulwesen, alle Volksbildungsbestrebungen als erzieherische und die Wohnungsfürsorge, die Kriegsbeschädigtenfürsorge, sowie die Arbeiterfürsorge als wirtschaftliche Aufgabe. In der Jugendpflege soll auf die bestehenden Vereine aufgebaut und alle bewährten Einrichtungen beibehalten, gepflegt und ausgebaut werden. Es ist ohne weiteres klar, daß ein so großer Komplex von Aufgaben nicht nur eine geschickte behördliche Organisation sondern auch eine freudige Schaar von freiwilligen Mitarbeitern bedarf. Neben den Ärzten und Schwestern sollen Kirche, Schule, Gemeinde, Vereine, Frauen und Männer, Jünglinge und Jungfrauen zur Mitarbeit aufgerufen werden, denn nur in verständnisvoller Zusammenarbeit kann die große Aufgabe unserer Kranken und armen Volke zu helfen mit Erfolg erfüllt werden. Die verfügbaren Geldmittel müßten in erster Linie d. bedrängten Mitmenschen zu Gute kommen, während die Arbeit

im Wesentlichen eine freie Liebestätigkeit sein müsse. Der Kreis habe im laufenden Jahre an Mk. 80,000 für Zwecke der gesamten Wohlfahrtspflege in den Etat eingestellt und er hoffe noch weitere Mittel flüssig machen zu können um diese ernste Aufgabe zu unterstützen. Die Organisation gliedere sich in einem bei der Kreisverwaltung eingesetzten Ausschuss und in einem aus allen Schichten der Kreisbevölkerung zu bildenden größeren Beirat, ferner aus örtlichen Wohlfahrtskommissionen, die entweder nach Kirchspielen oder nach kleineren Zweckverbänden gebildet werden sollen. Zweck der heutigen Versammlung sei, die breite Öffentlichkeit für dieses soziale wichtige Unternehmen zu interessieren und Freunde u. Freundinnen für die Erfüllung der verantwortungsvollen und schweren Arbeit zu gewinnen. Er hoffe zuversichtlich, daß das Gelingen möge.

Beförderung von Winterportgeräten. Winterportgeräte werden als Gepäck- und Gepäckgut wieder angenommen. Ebenso ist die Mitnahme von Schneeschuhen und Rodelschlitten als Handgepäck in die 3. und 4. Klasse der Personenzüge auf den Strecken der Reichsbahnen wieder gestattet; die Mitnahme in die 1. und 2. Wagenklasse sowie in die Schnellzüge bleibt ausgeschlossen.

Zahlung des Reichsnotopfers. Von antilicher Seite werden die Abgabepflichtigen auf folgendes hingewiesen: Kriegsanleihe wird auf das Reichsnotopfer nur noch bis zum Ablauf dieses Jahres angenommen. Eine allgem. Verlängerung dieser Frist ist nicht zu erwarten. Die Kriegsanleihe ist bei den bekanntgemachten Annahmestellen, die auch beim Finanzamt erfragt werden können, hinzugeben; Anträge auf Uebertragung von Reichsschuldbuchforderungen dagegen bei der Reichsschuldenverwaltung (Schuldbuchangelegenheit) in Berlin zu stellen. In beiden Fällen sind von dem Einlieferer besondere Vordrucke auszufüllen, die bei den Finanzämtern erhältlich sind. Bei der Inzahlungsgabe von Kriegsanleihen auf das Reichsnotopfer und die Kriegsabgaben werden fällige Zinsscheine nicht angenommen. Erneut wird auf die Vorteile der baren Vorauszahlung des Reichsnotopfers aufmerksam gemacht. Auf Zahlungen dieser Art bis zum Ende dieses Jahres wird eine Vergütung von vier vom Hundert gewährt; für 100 Mk. Steuer sind mithin nur 96 Mark zu zahlen. Mit dem Tage der Zahlung erlischt die Verpflichtung zur Verzinsung des durch die Zahlung getilgten Betrags. Je früher die Zahlung erfolgt, um so weniger Zinsen sind mithin zu entrichten. Die Zahlungen, die 96 Mk. oder ein Vielfaches hiervon betragen müssen, können bei den Finanzkassen oder den mit der Wahrnehmung der Befehle einer solchen beauftragten Kasse, den Reichsbankanstalten sowie den als Annahmestellen für bare Vorauszahlungen bestimmten öffentlichen Sparkassen und öffentlichen rechtlichen Kreditanstalten erfolgen. Einzahlungen bei den Reichsbankanstalten, Sparkassen oder Kreditanstalten sind nur unter Ausfüllung eines Vordruckes zulässig, der nur bei diesen Stellen erhältlich ist. Die Zahlung gilt nur dann als vor dem Ablauf dieses Jahres erfolgt, wenn das Geld den genannten Kassen spätestens am 31. Dezember zugegangen ist. Für Beträge, die — gleichgültig aus welchen Ursachen oder Gründen — erst nach diesem Tage bei den genannten Kassen eingehen, wird die Vergütung nicht mehr gewährt. Es warte daher niemand bis zum letzten Augenblick. Abgabepflichtige, die nicht imstande sind, den ungefähren Betrag ihrer Abgabeschuld zu berechnen, erhalten vom Finanzamt Auskunft. Wer mehr einzahlt, als seine Schuld beträgt, läuft keine Gefahr. Die Zweizahlungen werden nach Feststellung der Abgaben erstattet, und zwar die baren in bar, die in Kriegsanleihe in Kriegsanleihestücken. Ueberzahlungen von mehr als 300 Mk. werden mit 5 v. H. vom Tag der Zahlung an verzinst (§ 132 A. O.). Nach einem Gesetzesentwurf, dem der Reichsrat zugestimmt hat, haben die Notopferpflichtigen ein Zehntel ihres abgabepflichtigen Vermögens, mindestens aber ein Drittel der Abgabe bereits im nächsten Jahre in zwei Raten zu entrichten. Nur in bestimmt bezeichneten Fällen wird der zu zahlende Betrag vom Finanzamt ermäßigt oder ganz oder teilweise gestundet werden. Dies möge jeder bedenken, der noch schwankt, ob er das Reichsnotopfer alsbald bezahlen soll.

Am 1. Januar 1921 treten die neuen Postgebühren für Zeitungen in Kraft. Nach diesen wird von dem Bezahler ein Bestellschein nicht mehr erhoben, dagegen muß daselbe von den Verlegern getragen werden. Hierdurch tritt bei allen Zeitungen eine Erhöhung ein, da die Zeitungen eine neue Belastung nicht mehr tragen können und die Existenz derselben sehr gefährdet wird. Ab diesem Termin kostet der Nassauer Anzeiger für Postbezieher monatlich 2,30, vierteljährlich Mk. 6,90, frei ins Haus geliefert. Für die übrigen Bezahler, durch unsere Zeitungsträger zugestellt, bleibt der Preis wie bisher, Mk. 2,15 monatlich. Dieser Preis gilt aber auch ab 1. Januar 1921 für die Abholer.

Vom hiesigen Kaninchen- und Geflügelzucht-Verein erhielten auf der am letzten Sonntag in Niederlahnstein veranstalteten Rhein- und Lahnschau die Mitglieder W. K. I. n, für einen ausgestellten Franz. Riesenwider einen 2. und für einen weißen Riesen einen 3. W. Kunkler für einen franz. Widder einen 2. und Stübner für einen deutschen Riesenfisch einen Ehrenpreis.

Taunuskub. Zu dem Familienabend des hiesigen Taunuskubs am 5. Dezember hatten sich Mitglieder und Freunde des Vereins äußerst zahlreich eingefunden. Nach einem einleitenden gemeinsamen Gesang und einigen Vor-

trägen leitete der mit der Führung des Kubs betraute Herr Otto Emrich zur feierlichen Verleihung der vergoldeten Wanderabzeichen über; in trefflichen und zu Herzen gehenden Worten wußte er in seiner Ansprache die Bedeutung des Taunuskubs zu würdigen. Es folgte dann der Aufruf der 17 Mitglieder, welche die Anwartschaft auf das vergoldete Wanderabzeichen erworben hatten. Anschließend sprach das Tochterchen von Frau Hanna Wagner einen wunderschönen Vorspruch und spendeten jedem ein grünes Tannenreis. Nun wußte Herr Emrich für jeden anerkennende und passende Worte zu finden und widmete aus dem reichen Schatz unserer deutschen Dichtung jedem einen besonderen, schönen Spruch. Im weiteren Verlauf des Abends folgte dann noch eine Fülle von Darbietungen, die einzeln aufzuführen unmöglich ist. Zum Gelingen der reizvoll verlaufenen Feier haben beigegeben in erster Linie Herr Emrich, der sich außerdem der Mühe unterzogen hatte, mit einem, aus Mitgliedern gebildeten gemischten Chor 2 Lieder einzuläuten, ferner Herr Gärtner durch Violin-, Gesangs- und humoristische Vorträge, Herr Führer durch Rezitationen und sehr ansprechende Gesangsvorträge, Fr. Bauer und Schwill durch 2 reizvolle Paarlieder, Fr. Erben durch ihre so nette Darbietung, Herr Emil Blank durch eine in Nassauer Mundart in Reimen gebrachte launige Beschreibung der stattgehabten Wanderungen. Sehr viel zur Unterhaltung trugen auch 2 eingeführte, die Herren Becker und Wolf, durch ihre gesanglichen und sonstigen, zündenden Vorträge bei. Um die Klavierbegleitung machten sich in sehr ansprechender Weise Fr. Auguste Minor, wie auch Herr Rob. Schwill verdient. An dem ganzen Abend herrschte eine sehr behagliche Stimmung, wie man sie bei den Wanderungen u. Veranstaltungen des Taunuskubs sehr schon gewöhnt ist.

Bekanntmachung.

Zum sofortigen Eintritt wird ein geübter Dolmetscher der französischen Sprache gesucht, der zugleich die Bearbeitung aller Befehlsangelegenheiten auszuführen hat. Bewerbungen umgehend erbeten.

Nassau, 6. Dezember 1920.

Der Magistrat: Dr. Schöfflin.

Turn- und Sportgemeinde „Nassovia“

Einladung

Zu dem am Samstag, den 11. Dezember, abends 7 Uhr, im Saale Gasthaus „Zum Hirsch“ [Paulus] stattfindenden geschlossenen

Familien-Abend

laden wir unsere aktiven, inaktiven und Ehren-Mitglieder nebst Angehörigen ergebenst ein.

(Eintritt nur gegen Vorzeigung der Mitgliedskarte — Eintritt und Tanz frei)

Vortragsfolge:

1. Eröffnungs-Marsch
2. Konzertstück: Ouverture aus „Dichter und Bauer“
3. Sport-Marsch
4. Begrüßungs-Ansprache u. Einweihung der Gedenktafel
5. Der Sportbräutigam, Lustspiel in 1 Akt
6. So ein Theater, Couplet
7. Doppel-Quartett „Nassovia“
8. Lebendes Bild: Der Sport
9. Mandolin-Mannschaft „Nassovia“
- Pause —
10. Ohne Licht und ohne Kohle, Lustspiel
11. Man kann den Frauen nicht böse sein, Couplet
12. Der Weihnachtsmann
13. Doppel-Quartett „Nassovia“
14. Bürgermeisterwahl von Kuckucksheim, Schwank in 1 Akt
15. Mandolin-Mannschaft „Nassovia“
16. Schuhplattler (Bereinsdamen)

Anschließend: Ball

Änderungen vorbehalten — Getränke nach Belieben

Sonntag: Ausflug nach der Elisenhütte

Taunus-Klub Nassau.

[Verschönerungs- und Verkehrs-Verein.]

Sonntag, 12. Dezember:

Wanderung

Abfahrt 12,01 Uhr bis Laurenburg — Häuser Hof 2½ Km. — Brunnenburg 1 Km. — Seelbach 4½ Km. — Einkehr — Oberhof 4 Km. Rückfahrt mit der Bahn. Ankunft Nassau 7,10 Uhr. Spitzführer: Karl Gensmann, Schlüßführer: Willi Huth.

Der Vorstand.

Sofas in Plüsch

von 800 Mk. an zu verkaufen
Fritz Loh, Nassau,
Hintergasse 25.

Ein junges, schwarzes

Huhn

entlaufen. Abzugeben bei
Carl Buch, Nassau

Heute entschlief sanft unsere liebe, gute, treu-
sorgende Mutter, Grossmutter u. Schwiegermutter

Frau Henriette Brunn, Wtw.

im 72. Lebensjahre.

Die tieftrauernden Hinterbliebenen.

Nassau, den 7. Dezember 1920.

Die Beerdigung findet Freitag nachmittag 3 Uhr statt.
Im Wunsche der Verstorbenen Kranzspenden dankend verboten.

Stenographenverein „Gabelsberger“. Mittwoch: Übungsstunde und Fortbildungskursus (H. Schaab). Donnerstag: Anfängerkursus fällt aus.

Nächste Stunde: Montag. (Aufgabe: § 7 lernen und samtl. Schreibübungen schriftlich.) (H. H. Moser.)

Turn- u. Sportgemeinde „Nassovia“. Mittwoch abd.: Turnen für Jugendliche.

Beamtenverein. Freitag 3 Uhr: Heringe. Anmeldung auf Margarine, Marmelade, Kekse.

Turngemeinde Nassau. Jeden Dienstag und Freitag abend Turnstunde.

1 neuer
Kleiderschrank
zu verkaufen
Klara Loh, Oberhof

Gerichtszeitung.

Der Filmjimmell. In den ersten Großtaten der neuen Regierung in Mecklenburg-Schwerin gehörte die Schaffung einer staatlichen Filmfabrik, für die der Landtag in Bausch und Bogen 1½ Millionen bewilligen mußte und die unter dem Namen „Ostia“ mit allen Schikanen der Neuzeit arbeitet. Es scheint nun, daß die ganze Gründung demnächst in einem großangelegten Gerichtsfall vor den Augen der erlauchten Öffentlichkeit sich abrollen dürfte. Die Regierung hatte als künstlerischen Leiter für die mit einer Filmschule, einem umfangreichen Statistenapparat und eigenen Vorführungs- Bühnen arbeitende Gründung den Oberregisseur Willi Grundwald aus Berlin engagiert. Man drehte den ersten Sensationsfilm, einen Zuhälterraub im Panzer-Automobil, Vorführung von Haischpielen und was dgl. die Volksbildung und Sittlichkeit fördernde Sachen mehr waren und versprach sich — auf dem Papier — einen Jahresüberschuß von rund 1 Millionen Mark. Nachdem die Mitglieder des Schweriner Landestheaters und eine erstliche Anzahl mehr oder minder hübscher, gleich der Staatsregierung mit dem Filmjimmell befaßten kleinen Mädchen ihre segensreiche Tätigkeit auf der weißen Leinwand ausübten, kam es zu dem üblichen Strach, der mit der fruchtlosen Entlassung des Oberregisseurs endete. Dieser klagte nun auf Erfüllung seines bis 1. März 1922 lautenden Vertrages. Zu der Belweisungsanfrage für die am 20. Dezember stattfindenden Hauptverhandlungen sind u. a. mehrere Ministerialräte, der Direktor des Unternehmens, die Operateure und Vertreter der „Ostia“ geladen und bei dieser Gelegenheit soll das Dunkel, das über der ganzen Staatsfilmgründung bisher lag, ein wenig gelichtet werden. Man darf darauf gespannt sein, wieviel tausend Meter Aktenpapier für diesen „Staatsfilm“ erforderlich sein werden. S. u. S.

Handel und Verkehr.

Telegrammverkehr mit Amerika. Für die Abwicklung des deutsch-amerikanischen Telegrammverkehrs, der nach der Fortnahme der beiden deutsch-amerikanischen Kabel durch die Entente über nichtdeutsche Drahtverbindungen erfolgen muß, und der infolge der großen Belastung dieser Kabellinien nicht unerhebliche Verzögerungen erleidet, steht erfreulicherweise auch der unmittelbare Funkweg zwischen Rußen und der amerikanischen Gegenstation Marion zur Verfügung. Für die Vervollständigung des deutsch-amerikanischen Funkverkehrs sind vor einiger Zeit durch Vereinbarung der Reichs-Telegraphenverwaltung mit amerikanischen Gesellschaften wertvolle Grundlagen geschaffen worden, die auch eine von England unabhängige Beförderungsmöglichkeit nach und mit Mittelamerika, Südamerika, Japan, China u. von Deutschland und seinen Nachbarländern herbeiführen werden. Auf die technische und betriebsmäßige Verbesserung des deutsch-amerikanischen Telegrammverkehrs wird ständig Bedacht genommen. So sind ferner verschiedene zum Zwecke der Erleichterung und Sicherheit des internationalen Telegrammverkehrs eingeführte besondere Arten von Telegrammen, die bisher für den deutsch-amerikanischen Funkverkehr noch nicht gestattet waren, auf diesen Verkehr ausgedehnt worden, indem vom 1. Dezember an auch Telegramme mit vorausbezahlter Antwort, mit Vergleichung und mit telegraphischer Empfangsanzeige zugelassen sind.

Keine künstlichen Dünger mehr nötig!
Eine neue umwälzende Erfindung für die Landwirtschaft ist die

„Gohn'sche Dünger-Kultur“

die es jedem Landwirt ermöglicht, seine natürlichen Dünger (Dung, Mist) vollkommen mühelos und kostenlos um das dreifache zu vermehren. Keine Anschaffung von Rohstoffen oder künstlichen Hilfsmitteln nötig, da jeder Landwirt diese für ihn bisher wertlosen und jetzt zu diesem Verfahren nötigen Rohstoffe in unerschöpflichem Maße für immer in seinem Anwesen vorrätig hat.

Durch die „Gohn'sche Düngerkultur“ kann jeder Landwirt seine Einnahmen und seine Ernte mehr als verdoppeln.

Deutsches Reichspatent, D. R. G. M. und Auslandspatente in allen Kulturstaaten angemeldet.

Das Recht zur Benutzung dieses wertvollen Verfahrens (Lizenz) steht allen Einzelheiten, wie Lizenzurkunde, Verfahren und Anleitung zur Ausführung, wird an jedermann gegen Zahlung einer einmaligen Abfindungssumme von nur 50 Mark gegen Voreinsendung des Betrages oder nachnahme oder auf Postcheckkonto 18784 Frankfurt a. M. abgegeben.

Wenn man berücksichtigt, daß es sich nicht um ein belehrendes Buch, sondern um das Ausrüstungsrecht einer hervorragenden neuen landwirtschaftlichen Erfindung von unschätzbarem Werte handelt, die jeden Landwirt von seiner größten Sorge, der „Düngerfrage“, befreit, so ist der Preis in Anbetracht der Wertlosigkeit unseres Geldes als ein sehr mäßiger zu betrachten.

Wer das Benutzungsrecht dieses Verfahrens (Lizenz) nicht erworben hat und die Ausführung dennoch betreibt, wird nach dem Patentgesetze bis zu 1 Jahr Gefängnis und 50 000,— Mark Geldstrafe bestraft und ist schadenerschuldigt.

Landwirte! Richtet Euch für die Frühjahrssaat und bestellt sofort die „Gohn'sche Düngerkultur“, wenn Ihr nicht mit Euren Einnahmen hinter Euren Kollegen zurückbleiben wollt!

Garantie: Sofortige Rückzahlung des Betrages, sofern die hier gebrauchte Darstellung den Tatsachen nicht entspricht.

Deutsche Düngemittel-Industrie
Mar Gohn, Wiesbaden, Herold 14.

Landw. Bezugs- und Absatzgenossenschaft Nassau.

In den nächsten Tagen treffen ein:
1 Waggon Aleeheu, gesund und trocken,
1 Waggon Stroh,
1 Waggon hochprozentiges Thomasmehl.
Mitglieder, welche noch Runkelrüben wünschen, wollen dies sofort melden.

Der Vorstand.

13. Dezember: WEIHNACHTSMARKT

Bekanntmachung.

Infolge Kündigung ist die Stelle des Friedhofsaufsehers sofort neu zu besetzen. Schriftliche Bewerbungen werden bis 15. Dezember entgegengenommen.

Nassau, 4. Dezember 1920.

Der Magistrat: Dr. Schöllin.

Nachrichten des Wirtschaftsamtes der Stadt Nassau.

Zucker.

Auf Abschnitt 2 der Kreiszuckerkarte können in den hiesigen Kolonialwarenhandlungen

750 Gramm Zucker

entnommen werden. Preis pro Pfund 3,80 Mk. Entnahme hat wegen des Abrechnungsverfahrens bis 17. Dezember zu erfolgen.

Schmalz.

In den Metzgereien Chr. Schulz, Karl Blank, Ludwig Huth und Geschwister Huth ist Schweine-schmalz **hartensfrei** erhältlich. Preis 20 Mk. pro Pfund. Papier mitbringen. Verkauf auch an Auswärtige.

Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Kriegshinterbliebenen und Kriegsteilnehmer.

Donnerstag, den 9. Dezbr., abends 8 Uhr, im Lokal „Zur Krone“ Nassau:

Öffentliche Versammlung.

Referent: Bezirksleiter Senst-Wiesbaden.

An alle vom Kriege Betroffenen ergeht der Ruf recht zahlreich zu erscheinen.

Der Vorstand.

Christbaumschmuck, Weihnachtskerzen, Lichterhalter

in großer Auswahl zu billigsten Preisen.

Consum-Verein Wiesbaden u. Umgegend
Filiale Nassau (Haus J. W. Kuhn).

ZAHN - PRAXIS

Charlotte Kyritz NASSAU Emserstrasse 1..

Sprechstunden jeden Werktag ausser Sonntag

von 9—12 u. 3—6 Uhr

Behandlung von Krankenkassenpatienten

Bitte beachten Sie meine Auslagen!

Weihnachts-Verkauf

zu sehr billigen Preisen

Damen-Konfektion

Jackenkleider, Paletots, Blusen, Mantelkleider, Strickjacken, Kostümröcke

Herren-Konfektion

Herren-Anzüge, Joppen, Hosen, Paletots, Westen, gestricelte Jacken

Kinder-Konfektion

Kinder-Kleider, Kinder-Mäntel, Capes, Knaben-Anzüge, Sweater-Anzüge, Regenmäntel

Pelze, Muffe, Straußfederboas, Marabouts

Wollwaren

Strickjacken (Wolle, Seide), Modelgarnituren, Schals u. Mägen, Strickwesten, Schultertücher, Camaschen

Tricotagen

Herren-Normalhemden, Unterjacken, Hosen, Damen- u. Kinder-Unterjacken, Hemdhosen

Strümpfe

für Damen u. Kinder in bekannt guter Qual., Herrensocken

Handschuhe

nur beste Qualitäten, gestricelt und Trikot für Herren, Damen und Kinder

Damen- und Kinderwäsche

Tag- und Nachthemden, Unterhosen, Beinkleider, Korsetten, Tischwäsche

Schürzen

in prima Satin, Siamosen-Stoffen, für Damen und Kinder, Teeschürzen

Herren-Artikel

Oberhemden, Nachthemden, Kragen, Manschetten, Kravatten, Taschentücher, Hosenträger

Modewaren

Damenkragen, Gürtel, Taschentücher, Schleier, Taschen

Große Auswahl i. Kleiderstoffen, Blusenstoffen, Anzugstoffen, Weißwaren

Kaufhaus J. Schmidt, Bad Ems

Raninchen- und Geflügelzuchtverein.

Die Mitglieder können Hühnerfutter beim Vorstehenden in Empfang nehmen.

Weiß- u. farbige woll. Bettücher u. Koltern

zu sehr billigen Preisen.

Puppenkleidchen und Puppenausstattungsstücke, Stk. 15 Pfg., Puppen von Mk. 1,30 an.

Albert Rosenthal.

Gemeinnützige Nassauische Möbelvertriebs-Gesellschaft m. b. H., Wiesbaden, Mühlgrasse 7

Lieferung gediegener

Küchen-, Schlaf- und Wohnzimmer-Einrichtungen

für Kriegsteilnehmer und Minderbemittelte
Teilzahlung ohne Preiserhöhung gestattet

Teilausstellung in Nassau a. d. R. bei:

Tapeziermeister Carl Peholdt

Äußerst praktische Weihnachtsgeschenke für unsere Hausfrauen sind

Aluminium-Küchengeräte.

Ein großer Posten schwerer, sehr preiswerter Ware ist eingetroffen, und empfehlen wir:

Gaskochtöpfe, Fleischtöpfe, Schmortöpfe, Milchtöpfe, Milchkannen, Nudelspannen, Bratpfannen, Durchschläge, Kasserolen, Salatseier, Saucenlöffel, Suppenlöffel, Schaumlöffel, Essenträger u. f. w.

Ferner alle Backartikel zur Weihnachtsbäckerei.

Weiß-, Rot- und Süßweine, Kognak-Verschnitt, Kognak-Weinbrand, Franz. Kognak (Original), Rum, Zwetschenwasser.

Zigarren, Zigaretten, Rauch- und Rauchtobake in allen Preislagen.

Consum-Verein f. Wiesbaden u. Umgeg.
Filiale Nassau (Haus J. W. Kuhn).

Ein fast neuer Ulster

Gr. 44, zu verkaufen. Zu erf. in der Geschäftsstelle.

Ein möbliertes Zimmer

zu vermieten
Bahnhofstraße 91. Stod.

500 Paar

wollene Kinder- und Damenstrümpfe.

Größe 1—11, zu sehr billigen Preisen.

Grosser Preisabschlag in Haarbändern,

Meter 2, 2,40 und 3,90 Mk.

Alb. Rosenthal.

Ev. Kirche Nassau.

Donnerstag, den 9. Dezbr. 1920, abends 7½ Uhr: Vorbereitung zum Kindergottesdienst. Donnerstag abends 8½ Uhr: Rel. Besprechungsabend für die Gemeinde.

Sämtliche Veranstaltungen in der Kleinkinderschule (Grabenstraße.)

Doortje,

der Schläger d. Goldmunds-Zigarette. Stück 20 Pfennig.

Zigarrengeschäft

Rud. Degenhardt, Nassau, Mauerstraße 5.

Meine Spezialmarke,

großes langes Format, hochfeiner Brand, Stück Mk. 1,50.

Nassau Nr. 1,

kräftig u. würzig, schneeweiß, Brand, Stück Mk. 1,—.

Rauchtabake:

Rohrentabak 100 g 6,00

A. B. No. 2 „ 5,50

Rotterdam „ 4,50

Feinschmecker „ 4,50

Ino 50 g 3,25

Rafar „ 3,50

Neuerburg Schag „ 4,50

Zigarrengeschäft

Rudolf Degenhardt, Nassau, Mauerstraße 5.



Klavier.

Stimmen
Reparieren
Eintausch
Vermieten
Transporte

besorgt zuverlässig

C. Mand

Coblenz

Schloßstr. 36/38

Tel. 5

Frühling eingetroffen!

Feinste Tafelmargarine, Pfd. Mk. 15 u. 15,50

Echt. Thüringer-Slangenhäse, per Stück 80 Pfg.

Sit. Vollkorn-Bohnen-Büchlinge, per Stück Mk. 2.

Ferner: Haselnüsse, Wallnüsse, Feigen, Johannisbrot, Zitronen, Zwieback, Knoblauch, Salat u. frisches Gemüse.

N. Hermes, Nassau, Römerstraße 4.

Medizinal- Leberthran

empfehlen

Drogerie Trombetta.

Arädiger

Handkassen = Wagen,

starke Bauart, billig zu verk.

Georg Böhr, Oberstraße 3.

5 gut erhaltene

Rohrstühle

zu verkaufen. Näh. Nassau.